Kommentar

Karin Baltisberger
Nachrichtenchefin
karin.baltisberger@ringier.ch

Nicht am Zuhause sparen

Was wären wir Menschen ohne ein Zuhause? Einen Ort, an dem wir uns geborgen und geliebt fühlen, wo wir uns zurückziehen können. Vier Wände, die wir kennen, die uns vertraut sind.

Auch Menschen mit einer Behinderung brauchen ein Zuhause. Im Falle von Schwerstbehinderten sind das oft Heime oder Werkstätten. Doch das Prinzip bleibt das gleiche: Es ist ein Ort, den sie kennen, an dem sie sich wohlfühlen.

Das Zuhause von Daniel Reist ist seit über zehn Jahren der Sonnenblick in Ringgenberg BE. Der 27-Jährige wurde als Kleinkind fürchterlich misshandelt. Heute ist er schwerstbehindert.

Wieder droht Daniel Reist ein Schicksalsschlag. Weil der Kanton Bern sparen muss, wird das Heim in Ringgenberg geschlossen. Noch bis im Februar 2014 darf er in seinem Zuhause bleiben, danach muss er raus. Wenn seine Adoptiveltern kein passendes Heim finden, wird er in eine psychiatrische Klinik gesteckt.

Das darf nicht sein. Sparen ist in vielen Fällen sinnvoll und nötig. Aber hier geht es zu weit. Wo jahrelang zu viel ausgegeben wurde, soll jetzt ruck, zuck eine schnelle Lösung her. Ohne Rücksicht auf Einzelschicksale.

Das passt nicht zu unserer Gesellschaft. Wir sind besser als das, was diese vermeintlich einfache Lösung verspricht.

Der Berner Grosse Rat hat die Möglichkeit, Nein zu sagen. Diese Sparübung hat nichts mit Menschlichkeit, aber viel mit Politik zu tun. Sagen Sie Nein!

Zahl des Tages

17,08

Billionen Dollar

So hoch sind momentan die Staatsschulden der USA. Damit hat das Land nun erstmals die bisherige Schuldenobergrenze von 16,7 Billionen überschritten.

MANAGER DES TAGES

Mathias Adank (61)
Der Chef des Chips-Herstellers Zweifel hat nichts übrig für Diät-Knabbereien. 20 Prozent Fett sollten die Chips schon haben, sonst schmeckten sie nicht, sagte Adank der «Sonntags-Zeitung». Sie seien ja schliesslich ein Genuss- und kein Grundnahrungsmittel. BLICK meint: Lieber Geschmack in Massen als Diätwahn ohne Ende.

Foto: Arman Öztürk

Missen-Chef und Immobilien-Mogul G… eine Initiative für die Entschädigung von …

«In der Schweiz w… 10 000 Fraue… zwangssterilisier…

Interview: Irène Harnischberg

Blick Herr Fluri, Sie sind erfolgreicher Unternehmer und kämpfen für Verdingkinder, Heimkinder, Weggesperrte. Warum machen Sie das?
Guido Fluri: Erstens bin ich selber auch nicht in einfachen Familienverhältnissen aufgewachsen. Ich kann es den Betroffenen nachfühlen. Zweitens ist mir Gerechtigkeit sehr wichtig.
Was heisst Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang?
Bis 1981 war es in der Schweiz möglich, per administrativer Verfügung ohne Gerichtsurteil Menschen in Heime zu platzieren oder zu verdingen. Das waren Menschen, die niemandem etwas zuleide getan haben! Rund 10 000 Frauen wurden in unserem Land zwangssterilisiert! Das ist unmenschlich, und man hat diesen Menschen die Würde genommen. Ich sehe von den Behörden und den politischen Parteien aber nur wenig Bereitschaft, das Thema des fürsorgerischen Freiheitsentzugs aufzuarbeiten.
Was wollen Sie tun?
Ich habe mich entschieden, eine Volksinitiative zu lancieren. Das nötige Geld liegt bereits auf der Seite. Im Moment sind Experten daran, den Initiativtext zu formulieren.
Was ist das Ziel dieser Initiative?
Es ist ein Armutszeugnis für die Schweiz, dass die Opfer nicht entschädigt werden sollen. Seit Jahrzehnten wird darum gerungen, passiert ist noch nicht viel.
Es gibt aber den runden Tisch, den Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Frühling ins Leben gerufen hat.
Ja, das ist eine gute Sache. Am 25. Oktober findet die zweite Sitzung statt. Der übernächste Termin ist dann aber erst im Frühling 2014. Dieser runde Tisch ist kein Entscheidungsgremium. Es besteht die Gefahr, dass die Betroffenen wieder leer ausgehen. Ein Beispiel zeigt die Entscheidung der Rechtskommission des Nationalrats: Es wurde entschieden, dass den Weggesperrten keine Entschädigung zugesprochen wird. Es gibt mit der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Parlament kaum Alternativen zur Volksinitiative.
Was empört Sie am meisten?
Bei den mehr als 100 000 Opfern handelt es sich um Schweizerinnen und Schweizer. Vielen von ihnen geht es schlecht, psychisch und materiell. Wir müssen solidarisch sein mit ihnen. Das ist es, was mir am Herzen liegt. Die Schweiz geniesst im Ausland den Ruf eines humanitären Staats. Doch für Weggesperrte oder zwangssterilisierte Mitbürgerinnen soll keine Entschädigung möglich sein. Aber genau das brauchen heute die Betroffenen: Unterstützung!
Wie hoch müsste die Entschädigung sein?
Es geht darum, dass die Opfer eine Zusatzrente von rund 400 bis 500 Franken erhalten. Der exakte Betrag müsste durch ein Fachgremium individuell berechnet werden.
Wer soll das Ganze zahlen?
Die Verantwortung für die Wiedergutmachung liegt beim Bund und bei den Kantonen. Es kann nicht sein, dass der Bund, der die Gesetze der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen teilweise erlassen hat, nun alles den Kantonen zuschiebt.
Und woher soll das Geld kommen?
Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Zum Beispiel könnten Gedenkmünzen aus dem Nationalbank-Gold oder eine Briefmarke herausgegeben werden. Abzuwägen wäre auch die Mitverantwortung der pharmazeutischen Industrie. Es gibt zahlreiche, erschreckende Beispiele von Opfern, mit denen in der Psychiatrie schamlos medizinische Experimente gemacht wurden.
Und wie viel kostet die historische Aufarbeitung?
Man geht für die wissenschaftliche Aufarbeitung von 15 bis 25 Millionen Franken aus. Eine Expertenkommission ähnlich der Bergier-Kommission (für die nachrichtenlosen Vermögen im Zweiten Weltkrieg – Red.) könnte sich dieser Aufarbeitung annehmen.
In Mümliswil wurde im Mai eine nationale Gedenkstätte für Heim- und Verdingkinder – ein ehemaliges Kinderheim – eröffnet, von Ihnen finanziert.
Diese Gedenkstätte ist sehr wichtig. Es geht darum, dass das dunkle Kapitel der Schweiz nicht vergessen geht.
Was kann man dort machen?
Die Gedenkstätte dient als Wissensplattform und als Begegnungsort für Betroffene und interessierte Schulklassen und Privatpersonen. Die Stiftung bietet kostenlos die Gelegenheit, sich anhand der Dokumente und Bilder umfassend und in originaler Umgebung mit der Thematik zu befassen. Zudem stehen auch 28 Betten gratis zur Verfügung, die auch von Schulklassen benützt werden können, die sich mit dem Thema auseinandersetzen.
Wie sind die ersten Erfahrungen?
Wir haben nur positive Erfahrungen gemacht. Seit Bestehen der Plattform verzeichnet die Webseite www.kinderheime-schweiz.ch mehr als eine Million Aufrufe.

Der Unternehmer wird schon bald eine Initiative vorlegen.

«Das waren Menschen, die niemandem etwas zuleide getan haben!»
Guido Fluri

Seit 2012 besitzt Fluri – hier mit Dominique Rinderknecht – die Rechte an der Miss-Schweiz-Wahl.

Wirbel um 1:12-Unterstützung durch Zürcher Professor

«Die Uni hat ein Wirtschafts-Problem!»

Unerwartete Hilfe für die Jungsozialisten: Marc Chesney, Professor am Institut für Banking und Finance der Uni Zürich, sprach sich im Interview mit SonntagsBlick für die 1:12-Initiative aus. **«1:20 wäre für die Schweiz wahrscheinlich angebrachter als 1:12» – aber jetzt gehe es um die Wahl zwischen 1:12 und Status quo.** «Ich werde klar für die Initiative stimmen», sagte der Ökonom. Er rechne nicht damit, dass die grossen Schweizer Finanzinstitute der Schweiz bei einem Ja den Rücken kehren. Würden die Grossbanken das Land verlassen, verlören sie ihre faktische Staatsgarantie.

Die Gegner der Vorlage kritisieren den Professor scharf. «Diese unqualifizierten Aussagen von Herrn Chesney sind eindeutiges Zeichen dafür, dass die Uni Zürich ein Imageproblem im Wirtschaftsbereich hat», sagt Bernhard Salzmann, Sprecher des Schweizerischen Gewerbeverbands.

Kritik: Gewerbe-Sprecher Bernhard Salzmann.

«Mit 1:12 schiessen wir uns ins Bein»: Andrea Caroni.

1:12 ziehe den Schweizern mit höheren Steuern und Abgaben völlig sinnlos Geld aus der Tasche. Das könne man ökonomisch nicht ernsthaft verteidigen, so Salzmann. Ähnlich tönts bei den bürgerlichen Politikern: «Es gibt 300 000 Unternehmen in der Schweiz. Wenn die beiden Grossbanken trotz 1:12 bleiben, heisst das noch gar nichts», sagt Nationalrat Andrea Caroni (FDP/AR).

Die Löhne seien ein wichtiger Faktor im globalen Standortwettbewerb. «Mit 1:12 schiessen wir uns selbst ins Bein», so Caroni. Dabei denke er nicht nur an die Firmen, die das Land verlassen könnten. **«Es geht mir auch um die Unternehmen, die gar nicht erst kommen.»** Sein Ratskollege Thomas Maier (GLP/ZH), teilt Caronis Sichtweise. «Es gibt neben den Banken noch andere grosse, internationale Firmen in der Schweiz.» An diesen Unternehmen hingen Tausende von Arbeitsplätzen.

Die Stimmbevölkerung ist in der Frage geteilt. Gemäss der jüngsten SRG-Trendumfrage liegen Gegner und Befürworter der Initiative derzeit mit je 44 Prozent exakt gleichauf.

Simon Marti und Jenni Thier

Umstrittene Aussagen: Finance-Professor Marc Chesney.